Nummer 185 — 20. Jahrgang Montag, den 11. August 1924

Oberschlesische Zeitung

Einzelnummer 10 Goldpfennig **Das Volksblatt für Stadt und Land** Belegnummer 10 Goldpfg

Erscheint werktags. Der Bezugspreis beträgt für die Zeit vom 1.—16. August 0,90 Goldmark. — Anzeigenpreisgebühr: Die 10spaltige Millimeterzeile 0,10 Goldmark. Stellengesuche und -Angebote 0,08 Goldmark. Finanz- und amtliche Anzeigen 0,20 Goldmark. Reklamezeile 0,40 Goldmark. Laufende Aufträge werden nur zum Tagespreis berechnet.

Redaktions-Fernruf Beuthen 459 | Pro fide et patria | Geschäftsstellen-Fernruf Beuthen 458

Redaktion und Geschäftsstelle Beuthen O.-S., Piekarerstraße 9

Verfassungstag.

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. — Fünf Jahre Reichsverfassung.

„Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen dem inneren und äußeren Frieden zu dienen, und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben."

Am 31. Juli 1919 verabschiedete die deutsche Nationalversammlung in Weimar die neue Reichsverfassung, von der der demokratische Abgeordnete Konrad Haußmann einmal treffend sagte: „Sie wird das Staatsgesetz eines leidenden Volkes werden"

Die aus den Folgen des verlorenen Krieges entstandenen Leiden unseres Volkes wuchsen in den ersten fünf Lebensjahren dieser Verfassung täglich. Die Republik erlebte Demütigung auf Demütigung. Ein außenpolitischer Mißerfolg reihte sich an den anderen. Obwohl diese Niederlagen im Zusammenhang standen mit der Tatsache, daß die Republik jegliche Machtmittel entbehrte, wurde sie doch von den Gegnern der Verfassung als notwendige, und gewissermaßen naturgesetzliche Begleiterscheinungen der republikanischen Staatsform gekennzeichnet. Je größer die außenpolitische Bedrückung und mit ihr die Not im Innern und die Verzweiflung des Volkes wurde, desto heftiger gestalteten sich die Kämpfe um die Verfassung. Es fehlte nicht an zahlreichen Versuchen, gewaltsam zu ändern oder gar aufzuheben. Aber trotz aller Gegensätzlichkeiten und der aus ihnen geborenen schweren und blutigen inneren Kämpfe, trotz der vielen Versuche von außen, Deutschland zu zerreißen, konnte mit der Weimarer Verfassung die Einheit des Reiches nicht nur erhalten, sondern in der allerjüngsten Zeit sogar erheblich gestärkt werden.

Neben der Erhaltung der Reichseinheit haben wir der Verfassung eine nicht zu unterschätzende Vereinheitlichung der Staatsgesinnung zu danken. Große Volksteile, die anfänglich der Verfassung ablehnend gegenüberstanden, haben sich heute nicht nur zu ihr bekannt, sondern auch ihre Vertreter mit dem Schutz der Verfassung betraut. Nur noch ein verhältnismäßig kleiner Teil des Volkes lehnt die Verfassung überhaupt ab und noch nicht ein Fünftel hat sich bei der letzten Reichstagswahl zu denen bekannt, die einer gewaltsamen Abänderung der Verfassung das Wort reden. Mit der Zunahme der Staatsgesinnung wuchs die Staatsgesinnung wuchs die Staatsautorität. In demselben Maße schwindet die Gefahr des Bürgerkrieges.

Hier zeigt sich deutlich die Wirkung der demokratischen Staatsverfassung. In der Demokratie ist das Volk in seiner Gesamtheit berufen, das Schicksal des Landes zu bestimmen. Jeder Staatsbürger trägt also einen Teil der Verantwortung. Das verpflichtet ihn zur bewußten Mitarbeit am und im Staate. Aus dieser politischen Mitarbeit erwächst die Achtung vor dem Staate und seiner Verfassung und der einheitliche nationale Gedanke, der jeden Umsturzgedanken ausschließt, die nationale Gesinnung des politischen Gegners außer Zweifel läßt und jeden Bürger veranlaßt, nach bestem Können dem Staate zu dienen.

Es soll nicht behauptet werden, daß die Weimarer Verfassung vollkommen ist. Manches ist reformbedürftig und niemand wird so töricht sein, das Grundgesetz des Staates als unabänderlich zu bezeichnen. Auch die Verfassung muß geändert werden, wenn die Lebensbedingungen von Volk und Staat es verlangen. Aber diese Aenderung muß in voller Achtung der Verfassung, auf dem von ihr vorgeschriebenen Wege angestrebt werden. Nur ein Volk, das in demokratischer Form das Schicksal seines Landes regelt, kann seine innere Einheit und Geschlossenheit erhalten. Diese Einheit ist uns Deutschen besonders nötig, da sie allein in der Lage ist, die Kräfte auszulösen, die notwendig sind, um die Lasten zu tragen, die man uns aufgezwungen hat. Die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag aber ist die Voraussetzung für die Befreiung der besetzten Gebiete und die Erringung der äußeren Freiheit unseres Vaterlandes überhaupt.

Das Ziel ist aber nicht nur die Erreichung unserer Freiheit. Am Verfassungstage gedenken wir ganz besonders jener Deutschen, die das Versailler Diktat von uns trennt und die heute unter fremder Herrschaft einen harten Kampf für ihr Deutschtum bestehen. Wenn wir in wahrhaft nationaler Arbeit die Einheit und Freiheit unseres Reiches gesichert haben, dann wird auch der Weg gefunden werden, der uns zur großdeutschen Republik führt. Dann wird es möglich sein, der deutschen Nation den Platz unter den Völkern der Erde zu erringen, der ihr gebührt.

Die Berichte über die Verfassungsfeiern im Reiche finden unsere Leser auf der nächsten Seite.)

Neueste Nachrichten.

Wie die Blätter melden, sind die Mitglieder der Reparationskommission nach Paris zurückgekehrt.

Aus Peking wird gemeldet, daß der Außenminister erklärt hat, die russisch-chinesische Konferenz werde wahrscheinlich am 15. August zusammentreten.

Den Blättern zufolge wird der in Hodmont bei Verviers verhaftete Kommunist Kessel, der, wie bereits berichtet, mit dem deutschen Reichstagsabgeordneten Höllein verwechselt worden war, aus Belgien ausgewiesen.

Im „Reichsanzeiger" werden heute die neuen Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge veröffentlicht. Sie treten am gleichen Tage in Kraft. Die Unterstützungen werden ungefähr im Ausmaß der Reichstagsbeschlüsse erhöht.

Nach Blättermeldungen kamen durch Ueberschwemmungen auf Formosa 700 Menschen ums Leben. 10 000 Häuser wurden zerstört.

Infolge einer Gasexplosion in einer Steinkohlengrube, von Yrihama in der Provinz Fukuschima (Japan), sind 50 Bergleute eingeschlossen worden. Es wird befürchtet, daß sie sämtlich umgekommen sind. Bisher sind 9 Leichen geborgen worden.

Information der Kabinettsmitglieder.

Berlin, 11. August. Der Chef der Reichskanzlei, Staatssekretär **Bracht**, der der Londoner Delegation angehört, war am Sonntag in Berlin und wird sich heute vormittag im Flugzeug nach London zurückbegeben. Der Zweck seiner Reise war eine persönliche Information der zurückgebliebenen Kabinettsmitglieder und des Reichspräsidenten über den bisherigen Verlauf in London.

Aufhebung weiterer Ausweisbefehle.

Darmstadt, 11. August. Im besetzten hessischen Gebiet wurde die Ausweisung von 6400 Reichsbeamten aufgehoben. Von 170 ausgewiesenen Staats- und Gemeindebeamten wurden bisher nur 47 (27 Prozent) die Rückkehr gestattet. Von 1500 Angehörigen freier Berufe wurden bisher nur 237 (16 Prozent) die Rückkehr gestattet.

Der Völkerbund als Schnüffler.

Berlin, 11. August. Herriot hatte gestern vormittag eine lange Unterredung mit Paul Boncourt, dem Vorsitzenden der Studienkommission des Obersten Rates für die nationale Verteidigung. Boncourt hat über diese Unterredung mitgeteilt, daß die Studienkommission im Verlaufe einer ihrer letzten Sitzungen die Abfassung des Planes zu Ende geführt habe, der die Bedingungen annehme, unter denen die Kommission des Völkerbundes die Ueberwachung bei der Abrüstung Deutschlands in die Hand nehmen werde. Boncourt gab der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß das Projekt im September vom Völkerbund während seiner Sitzung in Genf angenommen wird. Nach einer Meldung der Radioagentur ist der Plan der französischen Studienkommission sehr detailliert. Er sieht sogar die Einsetzung von Kontrolleuren des Völkerbundes in Zonen vor, die kraft des Versailler Vertrages endmilitarisiert werden sollen.

Die Mitteilung von Paul Boncourt ist in zweifacher Hinsicht interessant: sie läßt darauf schließen, daß Frankreich tatsächlich gewillt ist, die Regelung des Sicherungsproblems dem Völkerbund zu übertragen und ferner, daß die interalliierte Kontrollkommission unter dem General Walch aller Wahrscheinlichkeit nach im Herbst abberufen und durch einen Kontrolleur des Völkerbundes ersetzt wird.

Holland zu dem Abrüstungsplan.

Genf, 10. August. Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht den Wortlaut der holländischen Note an den Generalsekretär des Völkerbundes über den vom Völkerbund ausgearbeiteten Entwurf eines Paktes für gegenseitige Hilfeleistung. Darin heißt es, die holländische Regierung halte ihre früheren Einwendungen aufrecht, in denen sie darlegte, daß ein Garantiepaktentwurf nicht geeignet sei, der Abrüstung zu dienen und daß das vorgesehene System eines Sonderabkommens dem Völkerbundspakt widerspreche und ernste Befürchtungen hinsichtlich der Erhaltung des Friedens einflößen müsse. Besonders unbefriedigend sei Artikel 8 des Entwurfes mit automatischem Inkraftsetzen des Unterstützungssystems. Die holländische Regierung legt sich Rechenschaft darüber ab, daß für die ganze Welt die Pflicht der Rüstungsbeschränkung äußerst wichtig und daß es notwendig ist, einen Weg zur Lösung dieses überragenden Problems zu finden. Sie, die als eine der ersten Regierungen die obligatorische Gerichtsbarkeit des ständigen internationalen Gerichtshofes anerkannt habe, werde stets bestrebt sein, die vom Völkerbund geforderten Rechtsgarantien zu stärken und die für seine Wirksamkeit unentbehrliche Universalität zu fördern. Aber die holländische Regierung könne ihre Unterstützung keinen Vorschlägen gewähren, die eher eine Organisation der Gewalt als des Rechts darstellen und zu der Bildung politischer Gruppen auf militärischer Grundlage und infolgedessen zur Auflösung der internationalen Gemeinschaft führen würden.

Eine Abmachung mit der Reparationskommission.

Paris, 10. August. Havas berichtet aus London: Reichsfinanzminister Dr. **Luther** habe der Reparationskommission mitgeteilt, die deutsche Delegation werde das Protokoll über die Durchführungsmaßnahmen des Dawesberichts unterzeichnen.

Anmerkung des WTB. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, handelt es sich bei der Zustimmung der Delegation bezüglich des Protokolls um eine grundsätzliche Abmachung, dahingehend, daß die die Konferenz betreffenden Fragen in einem **besonderen Protokoll** geregelt werden sollen. Ueber den Inhalt dieses Protokolls wird zurzeit verhandelt. Die in dem Protokoll getroffenen Vereinbarungen werden ergänzt werden durch die Beschlüsse der Konferenz über die übrigen Fragen, insbesondere auch die Räumungsfrage. Kommt über diese Fragen keine Einigung zustande, so würde auch die Abmachung mit der Reparationskommission hinfällig werden.

Vom internationalen Transportarbeiterkongreß.

Hamburg, 11. August. Der internationale Transportarbeiterkongreß nahm in seiner gestrigen Sitzung eine Entschließung an über die Sozialisierung der Transportmittel. Darauf wurde beschlossen, daß der Sitz der internationalen Transportförderation in Amsterdam verbleibt. In einer weiteren Entschließung erhebt der Kongreß nachträglich **Protest gegen den Dawesplan**, die gut organisierte deutsche Reichsbahn zu entstaatlichen und sie unter die Kontrolle der alliierten Kapitalisten zu stellen. Weiter wird Protest erhoben gegen die in Aussicht genommene **Belastung**, die Deutschland wirtschaftlich ruiniert und von der falschen Voraussetzung ausgeht, daß Deutschland für den Ausbruch und die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sei. Der Kongreß befürchtet, daß eine der Auswirkungen des Dawesberichtes, die Beseitigung des Achtstundentages zunächst in Deutschland, dann aber auch in den alliierten und neutralen Ländern sein wird. Die Kriegskosten seien in allen Ländern den besitzenden Klassen aufzubürden.

Um das Bankgeheimnis.

Berlin, 10. August. Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Deutsche Genossenschaftsverband, der Deutsche Sparkassenverband, der Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften, der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Verband der deutschen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Hansa-Bund, der Reichsverband der deutschen Industrie und der Zentralverband des deutschen Großhandel haben an den Reichsfinanzminister eine gemeinsame Eingabe gerichtet, in der sie die dringende Notwendigkeit der völligen Wiederherstellung des Bankgeheimnisses im Interesse der wirtschaftlichen Nutzbarmachung des gesamten Kapitalbesitzes der Bevölkerung betonen.

Die Arbeitsstille im Ruhrgebiet.

Essen, 10. August. Gestern waren im Ruhrgebiet wegen Absatzmangels 43 Schachtanlagen stillgelegt. Die Zahl der ausgefallenen Schichten betrug 62 762. In der heute ablaufenden Woche mußten wegen Absatzmangels auf 163 Schachtanlagen 240 370 Feierschichten eingelegt werden gegen 215 999 in der vergangenen Woche.

Politische Stadtverordnete.

Greifswald, 10. August. Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit den Vorgängen in der Versammlung der „Nie wieder Krieg" Bewegung, in der ein Franzose gesprochen hatte. Als einziger Punkt standen die Interpellationen der Deutschnationalen auf der Tagesordnung. Sämtliche Anträge der Interpellanten wurden nach längerer Debatte angenommen. Der erste Antrag verlangt ein Disziplinarverfahren gegen den Regierungspräsidenten Haußmann. Ein zweiter Antrag fordert ein Disziplinarverfahren gegen den Ratsherrn Schmidt mit dem Zweck der Dienstentlassung. Außerdem wird gegen den Oberinspektor Mesch und den Brandinspektor Rost das Disziplinarverfahren verlangt. Schließlich wird beantragt, daß die Hundertschaft der Schutzpolizei aus Greifswald sofort abgelöst und durch eine andere ersetzt wird.